

**Johannes Rauch**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.642.161

Wien, 13.10.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 16072/J des Abgeordneten Lindner, Genossinnen und Genossen betreffend diskriminierungsfreie Vermittlung von Wohnraum** wie folgt:

**Fragen 1 bis 5:**

- *Welche konkreten Schlüsse zieht Ihr Ressort aus der SORA-Studie zu Diskriminierungen am Wohnungsmarkt?*
- *Welche Zahlen, Daten und ergänzenden Fakten liegen Ihrem Ressort hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen bei der Suche nach Wohnraum vor?*
- *Gab es seitens Ihres Ressorts in der Vergangenheit konkrete Schritte oder Maßnahmen, um gegen Diskriminierungen bei der Vermittlung von Wohnraum vorzugehen (z.B. gemeinsame Schwerpunkte mit Branchenvertreter\*innen, Aufklärungsmaßnahmen etc.)?*
  - a. *Wenn ja, welche konkret?*

- *Sind seitens Ihres Ressorts weitere Schritte oder Maßnahmen geplant, um Wohnungsvermieter\*innen und Branchenvertreter\*innen bei der Sicherstellung einer diskriminierungsfreien Umgebung bei der Suche nach Wohnraum zu unterstützen?*
  - a. *Wenn ja, welche Schritte sind konkret geplant?*
  - b. *Wenn nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?*
- *Zentrale Diskriminierungsgründe bei der Suche nach Wohnraum sind bis heute noch nicht durch das Gleichbehandlungsgesetz abgedeckt (z.B. Diskriminierungen wegen der sexuellen Orientierung): Gibt es seitens Ihres Ressorts konkrete Pläne, das Gleichbehandlungsgesetz zu erweitern, um einen lückenlosen rechtlichen Diskriminierungsschutz bei der Suche nach Wohnraum zu garantieren?*
  - a. *Wenn ja, welche Pläne konkret?*
  - b. *Wenn ja, gab es dahingehend schon Verhandlungen mit anderen Ressorts, insbesondere dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft?*
  - c. *Wenn nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?*

Die SORA-Studie zeigt Diskriminierungen am privaten Wohnungsmarkt auf. Um Diskriminierungen entgegenzuwirken und allen Menschen in Österreich ausreichend leistbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist der Ausbau und die Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektors unabdingbar. Wohnungen im kommunalen und genossenschaftlichen Bereich können eine Alternative zum privaten Wohnungsmarkt darstellen und verhindern, dass Menschen mit Migrationshintergrund in prekäre und hochpreisige Wohnverhältnisse gedrängt werden.

Die Zuständigkeit in Zusammenhang mit Gleichbehandlungsfragen (Gleichbehandlungsgesetz) liegt beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. In diesem Sinne liegt dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) auch kein Zahlenmaterial zu Frage 2 vor.

Das BMSGPK unterstützt Personen, die von Wohnungsverlust betroffen oder bedroht sind, aktiv beim Erhalt von bzw. bei der Suche nach (leistbarem und nachhaltigem) Wohnraum. Einerseits durch das Unterstützungsprogramm „Wohnschirm“, bei dem neben der Unterstützungsleistung zur Wohnungssicherung auch eine Unterstützungsleistung zum Wohnungswechsel gewährt werden kann (bisher: 10.868 unterstützte Personen;

EUR 17.199.000 an Leistungen ausbezahlt). Andererseits wird durch das BMSGPK das Projekt „zu Hause ankommen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe gefördert (bisher: 1.146 Personen unterstützt). Dabei werden wohnungslose Personen sozialarbeiterisch bei der Suche nach Wohnraum unterstützt und nach dem Housing-First-Prinzip betreut.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch